



Volksverein deutsch-canadischer Katholiken

Präsident: H. J. Gaudier, Humboldt, Sask., Generalsekretär.
Generalsekretär: M. von Amerongen, Regina, Sask., Generalassistent.
Präsident: P. J. O'Malley, St. Catharines, Ont., Generalassistent.
Generalsekretär: P. J. O'Malley, St. Catharines, Ont., Generalassistent.

geringen Umfange wird Oesterreich niemals lebensfähig werden, und wenn keine Aenderung eintreten sollte sind wir der größten Not ausgesetzt. Manche dürfen noch immer der Ansicht sein, daß nur durch die Sozialdemokraten unser kleiner Staat ausgerichtet werden könne. Wästen sie aber, daß diese Partei ihr Programm geändert hat und mit ihrem Regierungssystem alles zugrunde ging, würden sie gar bald anderer Meinung sein. Die Führer dieser Partei sind bereits Großkapitalisten geworden, bauen umfangreiche Kinos- und Lebensmittelbetriebe und sind bei jedem größeren Unternehmen Mit-Aktionäre sowie Verwaltungsräte. Ihre Leistung ist nur Terror und sie schalten und walten nach ihrem Belieben, ohne Rücksicht auf die anderen Parteien. Von Freiheit ist keine Spur und man kann ruhig sagen, daß wir dieselbe unter der Monarchie in größerem Umfange genossen. Wer sich dieser Partei nicht fügt oder ihre Beschlüsse nicht respektiert, hat einen schweren Standpunkt und es kamen bereits Fälle vor, wo ein Fabrikbesitzer die Lohnforderungen der Arbeiter ablehnte, hierfür in den Fuß geworfen und ein anderer Besitzer deswegen halb tot geschlagen wurde. So sieht in unserer Republik die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aus. Solange wir in Oesterreich nicht einen Mann mit einem eisernen Arme, sei es gleich, ob Kaiser, König oder Präsident, bekommen, oder durch die Besetzung eines fremden Militärs zur Ordnung gezwungen werden, ist es ausgeschlossen, daß wir zu einer Gesundung kommen können.

Unsere Kriegsmarine in der Stärke von 30.000 Mann ist sozialdemokratisch organisiert, daher eine Parteitruppe, die nur ihre eigenen Partei-Interessen schützt und die anderen Parteien jederzeit bedroht. Unter der Mannschaft befinden sich sehr zweifelhafte Elemente und fast täglich kann man in den Tagesblättern lesen, daß dieser oder jener Wehrmann wegen Raub, Einbruch, Rotsucht, Diebstahl, Veruntreuung oder Erzeß durch die Polizei verhaftet wurde. Hauptsache ist, daß der Mann ein starrer Parteigenosse ist, den Gehalt in der Höhe eines jeden anderen Bundesangestellten bezieht und am 1. Mai sich am Arbeiter-Umzuge mit der roten Fahne beteiligt.

Als ein Beispiel zur Veranschaulichung, wie tief wir an Moral gesunken sind und daß unter diesen Verhältnissen und trostlosen Zuständen eine Gesundung des Staatswesens nicht möglich ist, diene folgendes: Durch die eingeführte Arbeitslosenunterstützung bekommt ein Arbeiter welcher vor seiner Entlassung aus dem Betriebe mit wöchentlich 10.000 Kronen entlohnt wurde als Arbeitsloser wöchentlich 8500 Kronen an Unterstützung. Unter solchen Umständen muß jedem anständigen Arbeiter die Lust zur Arbeit vergehen, da die Arbeitslosen sich um keine Beschäftigung mehr kümmern. Der Staat erzieht die Arbeiter selbst zu Faulenzern und Schleichhändlern. In den Kneipen sind überall viele junge Mädchen in Verwendung, während die Männer beschäftigungslos durch die Straßen wandern.

Ein Sicherheitswachmann veruntreute 50.000 Kronen, und weil sich dessen Vorgesetzter erlaubte, diese Unkorrektheit dem Polizeiamte zur Kenntnis zu bringen, beschloß die Wachmannschaft mit Stimmenmehrheit, den Angezogenen nicht mehr als Vorgesetzten anzuerkennen und verlangte durch eine Resolution seine Entfernung aus der Wache. Wie es bei anderen Körperschaften aussieht, wenn schon bei der Wachmannschaft solche Zustände herrschen, glaube ich nicht näher schildern zu dürfen und erwähne nur kurz, daß eine solche Korruption noch niemals bestand.

In den Betrieben wird nur acht Stunden gearbeitet und während dieser Zeit nicht viel geleistet, weil jeder Arbeiter bei seiner Drehbank oder dem Schraubstock die kommunisistische und sozialdemokratische Zeitung liest und fortwährend politisiert. Ein Vorgesetzter darf dagegen nicht einschreiten, sonst würde seine Entlassung durch den Betriebs- oder Arbeitererrat verlangt.

Die christlich soziale Partei wird gegenwärtig durch die Sozialisten und Freidenker fürchterlich bekämpft und der Religionsunterricht in den Schulen abgeschafft. Infolgedessen werden die Kinder ganz glaubenslos erzogen und es wächst eine Generation heran, mit welcher bei Eintritt geordneter Verhältnisse der Scharfrichter näher Bekanntschaft machen wird. Dr. Ziegler, ein Professor und gewesener Priester, trat zu den Sozialdemokraten über und agitiert nun mit Hochdruck gegen die katholische Kirche.

Überall herrscht eine Korruption die einem zum Ekel wird. Kein Wunder, daß wir im Ausland nirgends Kredit bekommen und wirtschaftlich zugrunde gehen. Unsere Krone ist bereits wertlos und es besteht eine Forderung, die zur gänzlichen Verelendung führen muß, wenn uns nicht rechtzeitig Hilfe wird. Um unsere sozialistische Sozialwirtschaft wird keine Träne fallen.

Vom Ausland.

Berlin. Die deutsche Regierung hat die Krise überwunden, die durch die Wesperehung der Wiedergutmachungsschwierigkeiten in Paris heraufbeschworen wurde. Die Befürworter einer Auflösung des Reichstags und der Veranlassung von Neuwahlen sind mit ihrer Forderung nicht durchgedrungen. Die Umbildung des Wirth'schen Kabinetts wird bis auf September verschoben.

Die Leiter der bürgerlichen Parteien haben begonnen, die Gesetze einzusehen, die ihnen durch Erstarben der Sozialisten infolge der Ereignisse der letzten Woche und durch das neue Arbeitsbündnis der Mehrheits- und Unabhängigen Sozialisten droht. Die Vörsenzeitung weist darauf hin, daß von den 109 Mehrheitssozialisten im Reichstag die Mehrzahl dem linken Flügel der Partei angehört. Es ist daher damit zu rechnen, daß höchstens 1/4 der Gesamtzahl genügt genug sein werden, für ein politisches Programm einzutreten, an dem der bürgerliche Block sich beteiligen könnte.

Als Diplomaten, welche für das Amt eines Votschafters in Moskau in Betracht kommen, werden erwähnt: der frühere Votschafter in Washington Graf Bernstorff, der ehemalige Auslandsminister Brodbeck-Mannau, Admiral von Hingel und Herr Radoln, jetziger Gesandter in Stockholm. Die Sowjetregierung hat verlauten lassen, daß sie von Hingel für den Posten vorgezieht. Er war früher dem persönlichen Gefolge des Zaren zugeordnet und besitzt eine gründliche Kenntnis der russischen Verhältnisse.

Deutschland steht jetzt, nachdem es vier Jahre fast von aller Welt abgeschnitten war, wieder in diplomatischem Verkehr mit 58 Nationen. Von den Gesandtschaften, die früher in Berlin bestanden, ist nur die Siam noch nicht wiederhergestellt worden. Dazu kommen diplomatische Vertreter von Ländern, die vor dem Kriege nicht als selbständige Staaten existierten, Tschechoslowakei, Polen, Estland, Lettland und Litauen. Eine andere neue Gesandtschaft ist die afghanische, das früher nirgends im Auslande vertreten war. Das Fürstentum Liechtenstein läßt sich durch Oesterreich in Berlin vertreten. Damit sind auch die diplomatischen Beziehungen mit diesem kleinen aber stolzen Fürstentum wiederhergestellt, nachdem Liechtenstein 52 Jahre lang geschmolzt hatte, weil Preußen nach dem Kriege des Jahres 1866 vergessen hatte, mit Liechtenstein, das auf Seite Oesterreichs, wenn auch nur mit sieben Mann, gekämpft hatte, Frieden zu schließen.

Der amerikanische Votschafter Houghton und Gemahlin sind nach Bayern gereist, um dem Passionspiel beizuwohnen. Er begab sich von München aus im Automobil nach Oberammergau, wo er Gast des Christusbarsellers Lang ist. Während seiner Automobilreise durch Bayern wird Votschafter Houghton Begleit haben, sich persönlich eine Meinung darüber zu bilden, ob der Gegensatz zwischen Norden und Süden wirklich einen denkwürdigen Punkt erreicht hat, wie dies zuweilen dargestellt wird.

Dem vormaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm wird die Rückkehr nach Deutschland für absehbare Zeit nicht gestattet werden. Er hatte bei der Reichsregierung um die Erlaubnis nachgesucht, sich mit seiner Familie in Schlesien niederlassen zu dürfen. Kurz vor der Ermordung Mathenaus wurde das Ansuchen seitens der Regierung in Erwägung gezogen, aber nach der Ermordung des Außenministers wurde das Gesuch des vormaligen Kronprinzen einfach zu den Akten gelegt und dürfte nicht einmal beantwortet werden.

In dem Augenblick, als die Polizei Fischer und Kern, die Mörder des Ministers des Auswärtigen Mathenaus, zu Bad Kösen, Thüringen, dingfest machen wollte, begingen sie Selbstmord durch Erschießen. Die Kriminalbeamten hatten die Spur der Mörder bis nach Bad Kösen verfolgt; in einem auf einem Berggipfel gelegenen Turm hatten sie sich verbarricadiert. Die aufgebogene Ortspolizei gab eine Gernerfalte um die andere ab und drang allmählich gegen den Turm vor. Schon hatten die Polizisten die Türe erreicht und standen im Begriff, dieselbe einzuschlagen, als ihnen aus dem Inneren des Turmes die Worte „Ihr Feiglinge!“ entgegen schollen; gleich darauf trachten zwei Schüsse. Als die Polizei in den Turm drang, fand sie Fischer und Kern entseelt am Boden liegen; beide hatten sich die Schläfe durchschossen.

In einem Gespräch mit einem Vertreter des Berliner Tageblatts sagte der britische Journalist und Dramatiker Bernard Shaw, Frankreich verliere aus Deutschland den letzten Pfennig herauszupressen, trotzdem die französische Regierung sehr gut wisse, daß der Vertrag von Versailles nicht erfüllt werden könne. Auch Lloyd George wisse, daß die Franzosen davon überzeugt seien. „Es ist schreckliche Tollheit“, sagte Shaw, „und damit versuchen sie, die Welt zu reformieren.“ Shaw erklärte, daß Kriegsschreier wie Lloyd George und Clemenceau nach Beendigung des Krieges sofort nach der Hölle schickeln würden.

Der Generalbevollmächtigte des ehemaligen Deutschen Kaisers bittet die „Telegraphen-Union“ um die Veröffentlichung folgender Erklärung: Durch die Zeitungen geht die Nachricht, daß der deutsche Kaiser die demnachst herauskommen den „Erinnerungen“ einem englischen Blatt angeboten und nunmehr nach Amerika verkauft habe. Der Kaiser hat die Herausgabe des Buches lediglich dem Verlag Köhler in Leipzig übertragen. Allen Verhandlungen über die weitere Verwertung steht er vollkommen fern.

München. Die englische Sprache ist als Pflichtfach in bayerischen Schulen angenommen worden, während die französische Sprache, die früher den Vorrang hatte, auf die Stufe eines Wahlfaches herabgesetzt wurde. Diese Aenderung wurde in den Verhandlungen vor dem zuständigen Ausschuss des bayerischen Landtags damit begründet, daß die französische Kultur ihren Höhepunkt überschritten habe. Die englische Kultur dagegen könne ganz andere Werte vermitteln als die französische und außerdem spiele die englische Sprache eine viel größere Rolle in der Weltwirtschaft. Englisch sei nicht nur für ein besseres Verständnis Großbritanniens nötig, sondern auch für die Aufbesserung der deutschen Beziehungen zu den Ver. Staaten. In deutschen

Kreisen wird der Wunsch ausgedrückt, daß auch Amerika hinsichtlich der deutschen Sprache zu dieser Ansicht gelangen möge.

Der bayerische Luftdienst ist kürzlich mit einem Flugdienst von München nach Konstanz (Luftlinie 185 Kilometer oder 115 Meilen) bei starkem Gegenwind und Boen über den Allgäu in 1 1/2 Stunden gefahren und in 1 Stunde 40 Minuten zurück. Der Schnellzug von München nach Lindau braucht für die 219 Kilometer lange Strecke durchs Allgäu 4 Stunden 25 Minuten, der Schnellzug von Lindau nach Konstanz für die 40 Kilometer über den Bodensee 2 Stunden.

Hamburg. Die jetzt veröffentlichten Zahlen des Schiffsverkehrs ergeben, daß im Monat Juni 1922 Schiffe mit einem gesamten Raumgehalt von 1.286.942 Netto-Tonnen im Hamburger Hafen eingelaufen sind, gegen 1262 Schiffe, mit 1.215.486 Netto-Tonnen im Juni des Jahres 1913. Die auslaufenden Schiffe in dem gleichen Monat betragten sich auf 1314 mit insgesamt 1.255.894 Netto-Tonnage, im Vergleich zu 1147 Schiffen mit 1.211.140 Tonnage im Juni 1913. **Danzig.** Der Präsident des Freistaates Danzig Herr Sahn hat einen energischen Protest an die Völkertage gegen die französisch-polnische Militärkonvention gerichtet. In diesem Abkommen ist der Hafen Danzigs als Stützpunkt für die polnische Flotte vorgesehen. Von Seiten Danzigs wird geltend gemacht, daß ein solcher Plan einer flagranten Verletzung seiner Neutralität gleichkäme, die ja von der Völkertage garantiert ist.

Genf. Aus Berlin sind hier Berichte eingetroffen, nach denen die deutsche Reichsregierung nicht die Absicht hat, sich um Aufnahme in den Völkerbund zu bewerben. Diese Behauptung war dem Deutschen Reiches kürzlich von britischer und anderen Seiten nahegelegt worden, doch antwortete die Reichsregierung darauf, Deutschland könne der Liga nur dann beitreten, wenn es auch dauernd gleichberechtigtes Mitglied im Rat bekäme; dem soll noch Frankreich im Wege stehen. Nebenbei soll die deutsche Regierung in ihrer Antwort andeuten, man befände sich mit den Ver. Staaten außerhalb der Liga in ausgedehnter Gesellschaft.

Tirana, Albanien. Seit Verome Napoleon Bonaparte, der amerikanische Großherrscher Napoleons des Ersten im Dezember v. J. den albanischen Thron abgelehnt hat, ist die Regierung auf der Suche nach einer geeigneten Persönlichkeit, welche die Regentschaft Albaniens übernehmen würde. Der Thron ist dem Prinzen Gvill von Bulgarien sowie dem Vetter des italienischen Königs, dem Herzog der Abruzzen angeboten worden, beide haben aber abgelehnt. Angeblich soll ein Teil der Bevölkerung die Zurückberufung des Fürsten Wilhelm von Wied verlangen, der im Jahre 1914 für kurze Zeit den Thron innehatte, andere würden gerne entweder einen schwedischen Amerikaner oder einen englischen Edelmann auf den Thron sehen und in dieser Verbindung wird an erster Stelle der Herzog von York, der zweitälteste Sohn des Königs von England, genannt.

China. Aus Peking, China, wird gemeldet: General Wu Pei Fu, der Machthaber im nördlichen China, hat dem kaiserlichen Vortag des Generals Tsching Tsching Ming, des südlichen Führers, beigeigelt, daß China in einen Staatenbund nach amerikanischem Muster umgewandelt werden solle. General Wu hat angeregt, daß man die reorganisierte Republik die „Vereinigten Staaten von China“ nenne.

Moskau, Rußland. Hier ist die Nachricht eingetroffen, daß 800 unter Führung von Enver Pascha stehende Antisowjet-Rebellen in der Sowjetrepublik Bucharra, in die Flucht geschlagen worden seien, nachdem 160 der Rebellen gefallen waren. Enver Pascha, der vormalige türkische Kriegsminister war, entkam nach der Schlacht.

Deutsches Privatkapital und die Sowjetregierung gründeten eine Korporation, welche die Wasserförderung von Rußland zu monopolisieren droht. Gleichzeitig mit Zeichnung des russisch-deutschen

Vertrags in Rapallo schlossen zwei Hilfskommissionen im Namen der Sowjet Regierung ein Abkommen mit der Firma Robert Wenthaus in Hamburg. Dieses Abkommen gewährt den deutschen eine Konzession für die Förderung inländischer und ausländischer Waren durch die Ostsee, das Raskische Meer und das Marienstern-Kanal-System, welches das Wolgabcken mit der Rewa verbindet. Nach dem Abkommen wird ein Syndikat mit einem Kapital von 200 Millionen Goldmark gebildet, die Firma Robert Wenthaus liefert die notwendigen Tonnage und vereinbart durch deutsche Banken eine Anleihe für die Sowjet Regierung im Betrag von 500 Millionen Mark. Ein Teil des Geldes wird zur Gründung der geplanten Asiatischen Bank zum Handel mit Persien verwendet. Die Tonnage, welche nach Ausführung des Beförderungsprogramms der Sowjet übrig bleibt, kann von dem Syndikat für Handelszwecke benutzt werden.

Lissabon, Portugal. Durch Vorsichtsmaßregeln, die seitens der Regierung getroffen worden, gelang es, eine für Sonntag in Lissabon geplant gewesene Revolution zu unterdrücken. Etwa 100 Personen wurden verhaftet, darunter Kommandant Souza nebst vielen Offizieren und auch der vormalige Premierminister Morro de Castro.

London. Nachdem Deutschland die fällige Entschädigungszahlung von 32.000.000 geleistet hatte, wurde bekannt gemacht, daß Premierminister Lloyd George mit dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré in Paris verhandelt.

Paris. Hier wurde ein erfolgreicher Versuch gemacht, Präsident Millerand von Frankreich zu ermorden, als dieser sich auf dem Heimwege von einer Truppeninspektion anlässlich des Nationalfeiertages befand. Der Anarchist Gaston Vorbet feuerte auf dem Champ d'elyse drei Schüsse in ein Automobil hinein, in dem er Millerand vermutete, dessen Insasse aber der Polizeichef war. Alle Schüsse gingen fehl. Vorbet wurde verhaftet. Er gab anfangs zu, daß er ein Anarchist sei und die Absicht gehabt habe, den Präsidenten zu töten.

Strayed on 4 Horses
one yearling black, one 2 year old black with white star, one 2 year old sorrel, white face, one yearling Clyde. Strayed on about a month ago. BEN HILLS, 10 38 21 5 miles N. E. of Muenster, Sask.

Gemeindefest

in
PILGER
Sonntag 30. Juli.

Es ladet freundlichst ein
Das Komitee.

Großes Gemeindefest

zu
Leofeld
am 30. Juli 1922

Zahlreicher Besuch ist freundlichst erbeten! Für Speisen u. Getränke und viel Vergnügen ist reichlichst Sorge getragen.